

Volksabstimmung vom 1. Juni 2008

## Verfassungsartikel

### „Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“

Die Abstimmungsvorlage wurde als Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“ lanciert. Diese Initiative hatte eine Senkung der Prämien zum Ziel, die unter anderem über eine Reduktion des Leistungskatalogs hätte erreicht werden sollen. Im vorliegenden Gegenentwurf des Parlaments wurden gewisse Anliegen der Volksinitiative aufgenommen. Das Initiativkomitee hat aufgrund dessen die Initiative zurückgezogen. Am 1. Juni wird somit allein über den Gegenentwurf abgestimmt.

Die Sektion Krauchthal-Hettswil der SP ist der Meinung, dass die Vorlage den Anliegen einer konstruktiven Reform im Sinne einer weiterhin sozialen Krankenversicherung **NICHT** gerecht werden kann. Die folgenden Argumente mögen dies unterstreichen:

#### 1. Keine Zweiklassenmedizin, keine Aufhebung der freien Arztwahl

Mit der Umsetzung der Vorlage würde der sogenannte ‚Kontrahierungszwang‘ (Vertragspflicht) abgeschafft. Damit könnten die Krankenkassen allein bestimmen, mit welchen Ärzten sie zusammenarbeiten wollen. Vertragsfreiheit bedeutet daher für die Kassen eine uneingeschränkte Entscheidungsgewalt in der Auswahl der Ärzte – und somit für die Patienten den Verlust der freien Arztwahl.

Es ist absehbar, dass sich die Kassen künftig nur noch ‚billige‘ Ärzte für die vertragliche Zusammenarbeit aussuchen werden. Billig zu arbeiten ist aber nur möglich, wenn sich ein Arzt oder eine Ärztin auf möglichst gesunde Patienten konzentriert und ältere Menschen oder chronisch Kranke abwimmelt. Solche Patienten riskieren, dass sie kaum mehr einen Arzt finden, der noch über die Kasse abrechnen kann. Dies bedeutet, dass Betroffene für ihre Behandlung aufkommen müssen – was letztendlich die unsoziale und ungerechte Zweiklassenmedizin bedeutet.

#### 2. Kein Abbau in der Grundversicherung, keine Leistungskürzungen bei der Pflege

Der obligatorische Leistungskatalog der Grundversicherung wird reduziert. Die Versicherten werden dazu gedrängt, teure Zusatzversicherungen abzuschliessen. Franchisen und Selbstbehalte werden erhöht. Dies bedeutet letztlich ein Abbau des Solidaritätsgedankens. Auch dies öffnet der Zweiklassenmedizin Tür und Tor. Bei Pflegefällen wollen sich die Kassen weiter zurückziehen und die Kosten den Privaten überbürden. Zudem besteht die Möglichkeit einer Überwälzung der Spitex-Kosten auf den Einzelnen.

#### 3. Alle Macht den Versicherungen

Heute garantieren die Kantone mit den öffentlichen Geldern eine ausreichende Gesundheitsversorgung. Neu sollen die Kassen Zahlstellen für die Kantone werden. Die rund 8 Milliarden Franken Steuergelder, welche die Kantone heute für das Gesundheitswesen aufwenden, würden künftig an die Versicherungen überwiesen. Der Gegenvorschlag verschiebt somit das Gleichgewicht des Gesundheitssystems zugunsten der Krankenversicherer. Dies kommt einer Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens gleich. Ein pikantes Detail hierzu: Ein Viertel der Mitglieder der Gesundheitskommission des Nationalrates und die Hälfte der Ständerats-Kommission vertreten die Interessen der Krankenkassen.

#### 4. Wettbewerb im Gesundheitswesen?

Die neue Verfassung sei ein Segen für die Patientinnen und Patienten, behauptet die befürwortende Allianz von Versicherungen, Privatspitälern und bürgerlichen Parteien. Der ökonomische Wettbewerb würde gestärkt. Kann es um kranke und verletzte Menschen einen Wettbewerb geben? Oder: Wer bleibt auf der Strecke, wenn dieser Wettbewerb die Solidarität verdrängt? Es sind jene, für die das öffentliche Gesundheitswesen eigentlich geschaffen wurde: die grosse Mehrheit der Menschen, die sich weder Privatspitäler, noch teure Privatversicherungen leisten können.

Es ist unbestritten, dass im Gesundheitswesen Reformen notwendig sind. Eine Absage an die unnötige und problematische Vorlage am 1. Juni bietet Gewähr, dass diese Reformen auf der heutigen Basis konstruktiv weitergeführt werden können.

Stimmen Sie also am 1. Juni 2008 mit Überzeugung **NEIN** zum Verfassungsartikel, wenn Sie:

- Ihre Ärztin oder Ihren Arzt weiter selbst bestimmen wollen
- weiterhin ein gerechtes Angebot in der Grundversicherung für Alle erhalten wollen
- Ihr Steuergeld nicht den Kassen überlassen wollen
- nicht Opfer eines falschen und unsolidarischen Wettbewerbs werden wollen

Sie stützen damit die Meinung vieler Verbände und Organisationen und namhafter Akteure des Gesundheitswesens.

---

Informieren Sie sich unter – [www.sp-krauchthal.ch](http://www.sp-krauchthal.ch) – im Bild sein!

## AGENDA / Anlässe

---

Samstag, 28. Juni 2008

### Besuch des Luginbühl-Parks in Mötschwil

Anschliessend grillieren in Hettiswil

Alle Interessierten, auch Nicht-SP-Mitglieder, sind herzlich willkommen

Anmeldung bis **13. Juni 2008** an:

Monika Rüfenacht, Hettiswil

Tel. 079 431 00 92 oder [perufi1@bluewin.ch](mailto:perufi1@bluewin.ch)



Freitag, 1. August 2008 – Nationalfeiertag

### Helmut Hubacher

prominenter Gast und Redner



Freitag, 12. September 2008

**Diavortrag** – 20.00 Uhr, Rest. Kreuz, Hettiswil

„Die Steinzeit lebt“ von **Gerhard Streit**, aus den Urwaldexpeditionen nach West-Papua 2005 und 2007



16. November 2008

### Gemeindewahlen 2008

Sind Sie an der Gemeindepolitik Krauchthal interessiert?

Wenn ja, dann melden Sie sich bei:

Renata Salis, Hub, 034 411 26 25 oder

Helga Flückiger, Krauchthal, 034 411 18 52



Sozialdemokratische Partei

Sektion Krauchthal-Hettiswil

[www.sp-krauchthal.ch](http://www.sp-krauchthal.ch)

Mai 2008

# Aktuell

---

Volksabstimmung vom 1. Juni 2008

Verfassungsartikel:

## „Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“

Wir wollen weiterhin eine soziale Krankenversicherung – also

- keine Zweiklassenmedizin
- kein Abbau in der Grundversicherung
- nicht alle Macht den Versicherungen

Deshalb, legen Sie mit Überzeugung in die Urne ein

# Nein

Weitere Informationen auf Seiten 2 und 3

---

Die übrigen Vorlagen:

- SVP-Initiative Einbürgerungen vors Volk
- SVP-„Maulkorb-Initiative“ und
- Gegenvorschlag zur Prämien-Initiative der SVP: überall ein klares **Nein**